

Auftragsbekanntmachung

Dienstleistungen

Rechtsgrundlage:

Richtlinie 2014/24/EU

Abschnitt I: Öffentlicher Auftraggeber

I.1) **Name und Adressen**

Offizielle Bezeichnung: Landratsamt Mittelsachsen

Postanschrift: Frauensteiner Str. 43

Ort: Freiberg

NUTS-Code: DED43 Mittelsachsen

Postleitzahl: 09599

Land: Deutschland

E-Mail: vergabestelle@landkreis-mittelsachsen.de

Telefon: +49 3731799-3339

Fax: +49 3731799-3363

Internet-Adresse(n):

Hauptadresse: <https://my.vergabe.rib.de>

Adresse des Beschafferprofils: <https://my.vergabe.rib.de>

I.3) **Kommunikation**

Die Auftragsunterlagen stehen für einen uneingeschränkten und vollständigen direkten Zugang gebührenfrei zur Verfügung unter: <https://www.meinauftrag.rib.de/public/DetailsByPlatformIdAndTenderId/platformId/3/tenderId/118652>

Weitere Auskünfte erteilen/erteilt die oben genannten Kontaktstellen

Angebote oder Teilnahmeanträge sind einzureichen elektronisch via: <https://my.vergabe.rib.de>

Im Rahmen der elektronischen Kommunikation ist die Verwendung von Instrumenten und Vorrichtungen erforderlich, die nicht allgemein verfügbar sind. Ein uneingeschränkter und vollständiger direkter Zugang zu diesen Instrumenten und Vorrichtungen ist gebührenfrei möglich unter: <https://my.vergabe.rib.de>

I.4) **Art des öffentlichen Auftraggebers**

Regional- oder Kommunalbehörde

I.5) **Haupttätigkeit(en)**

Allgemeine öffentliche Verwaltung

Abschnitt II: Gegenstand

II.1) **Umfang der Beschaffung**

II.1.1) **Bezeichnung des Auftrags:**

Objektplanung Gebäude und Innenräume für den Neubau Rettungswache Döbeln, Mastener Str. 15 in 04720 Döbeln

Referenznummer der Bekanntmachung: ZD 2022/41

II.1.2) **CPV-Code Hauptteil**

71240000 Dienstleistungen von Architektur- und Ingenieurbüros sowie planungsbezogene Leistungen

II.1.3) **Art des Auftrags**

Dienstleistungen

II.1.4) **Kurze Beschreibung:**

Neubau der Rettungswache Döbeln, Objektplanung Gebäude gem. §§ 34 ff. HOAI 2013, LPH 1 - 9, stufenweise Beauftragung

II.1.5) **Geschätzter Gesamtwert**

II.1.6) **Angaben zu den Losen**

Aufteilung des Auftrags in Lose: nein

II.2) **Beschreibung**

II.2.3) **Erfüllungsort**

NUTS-Code: DED43 Mittelsachsen

Hauptort der Ausführung:

Mastener Str. 15, 04720 Döbeln, Sachsen, Deutschland

II.2.4) **Beschreibung der Beschaffung:**

Das Landratsamt Mittelsachsen beabsichtigt den Neubau der Rettungswache Döbeln, Mastener Str. 15 in 04720 Döbeln.

Gesamtkostenrahmen (KG 200-500): derzeit ca. 3,4 Mio. EUR brutto, Bauwerkskosten (KG 300+400): ca. 2,86 Mio. EUR brutto#####

Der Auftraggeber (AG) beabsichtigt die Leistungsphasen (Lph) 1 bis 9 der Leistung Objektplanung Gebäude und Innenräume gemäß HOAI § 34 ff. i.V.m. Anlage 10 zu beauftragen. Die Beauftragung erfolgt stufenweise. Mit Abschluss des Verhandlungsverfahrens werden vorerst vertraglich die Leistungsphasen 1-3 beauftragt. Ein Rechtsanspruch auf die Übertragung aller Leistungsphasen besteht nicht. Ebenso besteht kein Rechtsanspruch auf Weiterbeauftragung nach Erbringung erster Leistungsphasen. Der Abschluss der Leistungsphase 8 ist voraussichtlich Ende Dezember 2026.

II.2.5) **Zuschlagskriterien**

Die nachstehenden Kriterien

Qualitätskriterium - Name: Bürovorstellung und Präsentation Projektteam / Gewichtung: 16

Qualitätskriterium - Name: Konzeptidee / Gewichtung / Gewichtung: 64

Preis - Gewichtung: 20

II.2.6) **Geschätzter Wert**

II.2.7) **Laufzeit des Vertrags, der Rahmenvereinbarung oder des dynamischen Beschaffungssystems**

Beginn: 03/07/2023

Ende: 31/12/2026

Dieser Auftrag kann verlängert werden: nein

II.2.9) **Angabe zur Beschränkung der Zahl der Bewerber, die zur Angebotsabgabe bzw. Teilnahme aufgefordert werden**

Geplante Mindestzahl: 3

Höchstzahl: 5

Objektive Kriterien für die Auswahl der begrenzten Zahl von Bewerbern:

Der Auftraggeber wird die fristgerecht eingegangenen Teilnahmeanträge (TA) anhand der in der vorliegenden Bekanntmachung benannten Nachweise u. Erklärungen formal u. inhaltlich prüfen und bewerten. Die Auswahl erfolgt unter den formal zulässigen TA (Nachweis der Erfüllung der geforderten Mindeststandards) anhand einer Bewertungsmatrix, wobei die Kriterien wie folgt bewertet werden: pro Auswahlkriterium können 0 bis 3 Punkte (siehe Bewertungsmatrix) vergeben werden, Punktzahl pro Kriterium wird gewichtet. Die Rangfolge richtet sich nach erreichter Gesamtpunktzahl von 300. Es werden max. die 5 Bewerber mit der höchsten Punktzahl zum Verhandlungsgespräch eingeladen. Erfüllen mehrere Bewerber mit festgelegter Höchstzahl gleichermaßen die

Anforderungen u. ist die Bewerberzahl auch nach einer objektiven Auswahl zu hoch, entscheidet unter diesen das Los.

Formale Prüfung der Mindeststandards:

- 1) Abgabefrist eingehalten;
- 2) Einreichen d. vollständigen TA (Bewerbungsformular u. entspr. Anlagen) elektronisch über die Vergabeplattform (Einreichung von TA per Post, E-Mail, Fax oder über Kommunikationsbereich der Vergabeplattform ist nicht zulässig);
- 3) Abschlusserklärungen in Textform bestätigt;
- 4) Bestätigung d. Unabhängigkeit von Ausführungs- und Lieferinteressen gem. § 73 (3) VgV;
- 5) Angabe gem. § 53 (3) VgV, ob für Auftragsgegenstand gewerbl. Schutzrechte bestehen oder beantragt sind;
- 6) Angabe Art d. Bewerbung (Einzel- oder Gemeinschaftsbewerbung);
- 7) bei Bewerbungsgemeinschaften (BG): geforderte Nachweise von allen Mitgliedern und Erklärung zur gesamtschuldnerischen Haftung
- 8) Angaben zu Unterauftragnehmern gem. § 36 VgV, Verpflichtungserklärung der Unterauftragnehmer beigefügt
- 9) Angaben zur Inanspruchnahme Kapazitäten anderer Unternehmen (Eignungsleihe) gem. § 47 (1) VgV, Verpflichtungserklärung der anderen Unternehmen beigefügt;
- 10) Mehrfachbewerbungen (MFB) sind nicht zulässig. Eine MFB ist auch eine Bewerbung untersch. Niederlassungen eines Büros. MFB von Mitgliedern einer BG bzw. unterschiedlicher Niederlassungen eines Büros haben das Ausscheiden aller Mitglieder der BG zur Folge;
- 11) Bestätigung des Nichtvorliegens zwingender und fakultativer Ausschlussgründe nach §§ 123 und 124 GWB;
- 12) Vorliegen Eigenerklärung zur Verordnung (EU) Nr. 2022/576; Sanktionen gegen Russland
- 13) Bauvorlageberechtigung mind. eines Büromitglieds gem. Pkt. III.1.1);
- 14) Nachweis über Befähigung zur Berufsausübung durch Eintrag in ein Berufsregister gem. § 44 (1) i. V. m. § 46 (3) Nr. 6 VgV;
- 15) Mindesthonorarumsatz (Durchschnitt Umsätze letzten 3 abgeschlossenen Geschäftsjahre Bereich Objektplanung gemäß Teil 3 § 34 HOAI in € brutto) mind. 150.000 €
- 16) Berufshaftpflichtversicherung gemäß Pkt. III.1.2);
- 17) Mindestreferenz gem. Pkt. III.1.3);
- 18) Erklärung zur Erfüllung der geforderten Mindeststandards zur beruflichen Befähigung Projektleiter (PL) und Objektüberwacher (OÜ) (Einreichung Nachweise in Stufe 2) gem. Pkt. III.1.3);
(Hinweis: Berufserfahrung wird ermittelt ab Datum geforderten Studienabschlusses bis Fristende Einreichung Angebot)
- 19) Nicht deutschspr. Nachweise müssen als beglaubigte Übersetzung in Deutsch vorgelegt werden.

Auswahlkriterien und deren Wichtung:

Zu III.1.3)

Technische u. berufliche Leistungsfähigkeit; Gesamtgewichtung 100%; davon:

- 1) Mindestref. A - Objektplanung (OPL) für Neubau eines Gebäudes; 45%, davon:
 - 1.a) erbrachte Lph, 25%;
 - 1.b) Bauwerkskosten (BWK) (KG 300+400) in EUR brutto, 20%;
- 2) Mindestref. B – OPL Neubau Gebäude; 35%, davon:
 - 2.a) erbrachte Lph, 20%
 - 2.b) BWK (KG 300+400) in EUR brutto, 15%;
- 3) Ref. aus zusätzl. Ref.-liste; 20 %, davon:
 - 3.a) Ref. Z.1 – Erfahrung mit öffentlichem Vergaberecht nach VOB A § 3 (1) oder (2) oder § 3 EU (1) oder (2), 5%

3.b) Ref. Z.2– Erfahrung mit Planung von Gebäuden vergleichbarer Nutzung, mind. LPH 3-8 erbracht, 15%
Weitere Unterkriterien können der beigefügten Bewertungsmatrix I entnommen werden.

II.2.10) Angaben über Varianten/Alternativangebote

Varianten/Alternativangebote sind zulässig: nein

II.2.11) Angaben zu Optionen

Optionen: ja

Beschreibung der Optionen:

Stufenweise Beauftragung der einzelnen Leistungsphasen: Mit Abschluss des Verhandlungsverfahrens wird vorerst vertraglich die Leistungsphase 1-3 beauftragt. Ein Rechtsanspruch auf die Übertragung weiterer Leistungsphasen besteht nicht. Ebenso besteht kein Rechtsanspruch auf Weiterbeauftragung nach Erbringung erster Leistungsphasen.

II.2.13) Angaben zu Mitteln der Europäischen Union

Der Auftrag steht in Verbindung mit einem Vorhaben und/oder Programm, das aus Mitteln der EU finanziert wird: nein

II.2.14) Zusätzliche Angaben

Die in den Vergabeunterlagen verwendeten personenbezogenen Bezeichnungen gelten für die gewählte Form für alle Geschlechter. Sofern nicht ausdrücklich anders bestimmt, sind mit "Bewerber" oder "Bieter" sowohl einzelne Unternehmen als auch BG gemeint, mit "Auftragnehmer" der Bieter bzw. die BG.

Abschnitt III: Rechtliche, wirtschaftliche, finanzielle und technische Angaben

III.1) Teilnahmebedingungen

III.1.1) Befähigung zur Berufsausübung einschließlich Auflagen hinsichtlich der Eintragung in einem Berufs- oder Handelsregister

Auflistung und kurze Beschreibung der Bedingungen:

Der vollständig ausgefüllte Teilnahmeantrag (TA) = Bewerbungsformular ist über die Vergabeplattform in Textform bestätigt (Ausschlussgrund) fristgerecht elektronisch einzureichen. TA, die per Post, E-Mail, Fax oder über Kommunikationsbereich der Vergabeplattform eingereicht wurden, werden nicht berücksichtigt. Mitglieder von BG haben grundsätzlich alle Erklärungen/Nachweise für jedes Mitglied abzugeben, außer Angaben zu den Referenzen.

Befähigung zur Berufsausübung gem. § 44 (1) VgV: 1) Nachweis Bauvorlageberechtigung mind. eines Büromitgliedes: Name des Büromitglieds, Nachweis durch Kammereintrag als Anlage beilegen. 2.) Nachweis Eintragung in Handels- oder Partnerschaftsregister: Kopie Handels- oder Partnerschaftsregister (HR-Auszug); falls nicht vorliegend: Begründung. Der HR-Auszug muss die aktuellen Verhältnisse widerspiegeln, darf nicht älter als 12 Monate ab dem Zeitpunkt des Ablaufes der Bewerbungsfrist sein.

III.1.2) Wirtschaftliche und finanzielle Leistungsfähigkeit

Möglicherweise geforderte Mindeststandards:

Erklärung zu den durchschnittlichen Honorarumsätzen des Wirtschaftsteilnehmers gemäß § 45 (1) Nr. 1 VgV, soweit sie die Leistungen der letzten 3 abgeschlossenen Geschäftsjahre betreffen (in EUR brutto). Der

durchschnittliche jährliche Mindesthonorarumsatz im Bereich Objektplanung für Gebäude und Innenräume gemäß § 34 ff. HOAI wird mit 150.000 € festgelegt.

Angaben zur Berufshaftpflichtversicherung gemäß § 45 (1) Nr. 3 VgV:

1) Name des Versicherers; Datum Versicherungsnachweis; Deckungssumme Personenschäden; Deckungssumme Sonstige Schäden; Maximierung im Schadenfall; belegt durch Kopie als Anlage.

2) Werden die gemäß Vergabebekanntmachung geforderten Deckungssummen in Höhe von mind. 2,0 Mio. EUR für Personenschäden, mind. 0,5 Mio. EUR für sonstige Schäden nicht erreicht, so ist eine Erklärung des Versicherers beizufügen, dass

1) die Deckungssummen/die Maximierung im Auftragsfall angepasst werden oder

2) im Auftragsfall eine objektbezogene Versicherung abgeschlossen wird.

Bei Bewerbergemeinschaften ist der Nachweis von jedem Mitglied der Bewerbergemeinschaft zu erbringen.

Für geplante Nachunternehmer aufgrund von Eignungsleihe muss ebenfalls eine Versicherungsbestätigung vorliegen. Der Nachweis des Versicherers darf nicht älter als 12 Monate zum Schlusstermin der Bewerbungsfrist des Teilnahmeantrages sein. Der Nachweis ist als Anlage in Kopie beizufügen!

Gemäß § 47 (3) VgV verlangt der Auftraggeber eine gemeinsame Haftung des Bewerbers oder Bieters sofern dieser die Kapazitäten eines anderen Unternehmens im Hinblick auf die erforderliche wirtschaftliche und finanzielle Leistungsfähigkeit in Anspruch nimmt (Eignungsleihe). Des Weiteren verlangt er die Auftragsausführung des anderen Unternehmens für Leistungen entsprechend des Umfangs der Eignungsleihe.

III.1.3) Technische und berufliche Leistungsfähigkeit

Auflistung und kurze Beschreibung der Eignungskriterien:

Zusätzliche Referenzen aus gesonderter Referenzliste

Hinweis: Zusätzl. Referenzen können auch die als Mindestreferenzen genannten Projekte beinhalten, Übergabe Nutzer (Z.1, Z.2) im Zeitraum vom 01.01.2017 bis zum Ablauf der Bewerbungsfrist

Ref. Z1.: Erfahrungen mit öffentlichem Vergaberecht nach VOB A § 3 (1) oder (2) oder § 3 EU (1) oder (2) bei der Planung eines oder mehrerer Gebäude, mind. LPH 5-8 erbracht, Ref. Z2.: Erfahrungen mit der Planung von Gebäuden vergleichbarer Nutzung, mind. LPH 3-8 erbracht

Möglicherweise geforderte Mindeststandards:

Ausbildungsnachweise und Bescheinigungen über die berufliche Befähigung des Projektteams gem. § 46 (1) i.V.m. § 46 (3) Nr. 2 u. 6 VgV:

Mit der Abgabe des Teilnahmeantrages wird bestätigt, dass die geforderten Kapazitäten (Projektleiter (PL) und Objektüberwacher (OÜ)) vorgehalten und die entsprechenden Nachweise in Stufe 2 vorgelegt werden.

Die Benennung der Personen und notwendigen Nachweise sind erst in der 2. Stufe nach Aufforderung zur Angebotsabgabe einzureichen. siehe II.2.9); Können die Anforderungen mit Stufe 2 nicht erfüllt werden, ist dies ein Ausschlussgrund. Die Prüfung der Eignung des Personals erfolgt mit der Einreichung des Erstangebotes.

Qualifikation PL und OÜ, Abschluss mind. Master / Dipl.-Ing. im Bereich Architektur, Bauingenieurwesen oder vergleichbarem Studiengang, Berufserfahrung mind. 5 Jahre in zuvor genannter Fachrichtung;

Sollte der OÜ den geforderten Abschluss nicht aufweisen können, dann muss der Nachweis eines

anderweitigen technischen Studiums mit Abschluss mind. als Techniker/ Meister/ Bachelor sowie der Nachweis

von mind. 7 Jahren Berufserfahrung als Objektüberwacher im geforderten Bereich erbracht worden sein (Nachweis durch Auflistung der erbrachten Vorhaben).

Hinweis: Berufserfahrung wird ermittelt ab dem Datum des geforderten Studienabschlusses bis zum Fristende zur Einreichung dieses Teilnahmeantrages.

Referenz gem. § 46 (3) Nr. 1 i.V.m. § 75 (5) VgV:

Mind.-ref. A: Objektplanung für den Neubau eines Gebäudes, mind. Honorarzone III, Bauwerkskosten (KG 300 + 400) von mind. 1,0 Mio. EUR brutto, Übergabe Nutzer abgeschlossen im Zeitraum vom 01.09.2017 bis zum Ablauf der Bewerbungsfrist gemäß Auftragsbekanntmachung Pkt. IV.2.2)

Mind.-ref B: Objektplanung für den Neubau eines Gebäudes, mind. Honorarzone III, Übergabe Nutzer abgeschlossen im Zeitraum vom 01.09.2017 bis zum Ablauf der Bewerbungsfrist gemäß Auftragsbekanntmachung Pkt. IV.2.2)

Eine Obergrenze für einzureichende Referenzen legt der AG nicht fest, d.h. es ist zulässig, dass Bewerber mehr als eine geforderte Mindestref. einreichen. Bewertet werden ausschließlich die eingereichten Mindestref. sowie Referenzen aus der zusätzlichen Referenzliste. Für den Fall, dass der Bewerber mehr als zwei Referenzen einreicht, die die Mindestanforderungen erfüllen, hat er anzugeben, welche Referenz der AG für seine Auswahlentscheidung berücksichtigen soll. Erfolgt keine Angabe, wird der AG die ersten zwei eingereichten Referenzen seiner Auswahl zu Grunde legen.

III.2) **Bedingungen für den Auftrag**

III.2.1) **Angaben zu einem besonderen Berufsstand**

Die Erbringung der Dienstleistung ist einem besonderen Berufsstand vorbehalten

Verweis auf die einschlägige Rechts- oder Verwaltungsvorschrift:

Verweis auf die einschlägige Rechts- oder Verwaltungsvorschrift: § 75 (1), (2) und (3) VgV

III.2.2) **Bedingungen für die Ausführung des Auftrags:**

Rechtsform von Bewerbergemeinschaften (BG): Gesamtschuldnerisch haftend mit bevollmächtigtem Vertreter. Abgabe Erklärung, dass Mitglieder BG (ARGE) gesamtschuldnerisch haften, auch über die Auflösung der ARGE hinaus. Die BG muss einen bevollmächtigten Vertreter benennen. Für die Erklärung kann das vorgegebene Formblatt verwendet werden, das dem Formular z. Eigenerkl. als Anlage beiliegt. Die Vorlage des Nachweises hat mit Abgabe der Bewerbung zu erfolgen. Der AG behält sich vor, ergänzende Unterlagen abzufordern, welche Zulässigkeit der Kooperation in Form einer BG (§ 1 GWB) belegen. Sollte sich im Laufe des Verfahrens eine bestehende BG in ihrer Zusammensetzung verändern o. ein Einzelbewerber das Verfahren in BG fortsetzen wollen, ist dies nur mit schriftlicher Einwilligung des AG zulässig. Diese wird jedenfalls nicht erteilt, wenn durch die Veränderung der Wettbewerb wesentlich beeinträchtigt wird oder Veränderung Auswirkungen auf Fachkunde, Leistungsfähigkeit u. Zuverlässigkeit hat.

III.2.3) **Für die Ausführung des Auftrags verantwortliches Personal**

Verpflichtung zur Angabe der Namen und beruflichen Qualifikationen der Personen, die für die Ausführung des Auftrags verantwortlich sind

Abschnitt IV: Verfahren

IV.1) **Beschreibung**

IV.1.1) **Verfahrensart**

Verhandlungsverfahren

IV.1.3) **Angaben zur Rahmenvereinbarung oder zum dynamischen Beschaffungssystem**

IV.1.5) **Angaben zur Verhandlung**

Der öffentliche Auftraggeber behält sich das Recht vor, den Auftrag auf der Grundlage der ursprünglichen Angebote zu vergeben, ohne Verhandlungen durchzuführen

IV.1.8) **Angaben zum Beschaffungsübereinkommen (GPA)**

Der Auftrag fällt unter das Beschaffungsübereinkommen: ja

IV.2) **Verwaltungsangaben**

IV.2.2) **Schlussstermin für den Eingang der Angebote oder Teilnahmeanträge**

Tag: 19/12/2022

Ortszeit: 10:00

IV.2.3) **Voraussichtlicher Tag der Absendung der Aufforderungen zur Angebotsabgabe bzw. zur Teilnahme an ausgewählte Bewerber**

Tag: 27/01/2023

IV.2.4) **Sprache(n), in der (denen) Angebote oder Teilnahmeanträge eingereicht werden können:**

Deutsch

IV.2.6) **Bindefrist des Angebots**

Das Angebot muss gültig bleiben bis: 30/06/2023

Abschnitt VI: Weitere Angaben

VI.1) **Angaben zur Wiederkehr des Auftrags**

Dies ist ein wiederkehrender Auftrag: nein

VI.2) **Angaben zu elektronischen Arbeitsabläufen**

Aufträge werden elektronisch erteilt

Die elektronische Rechnungsstellung wird akzeptiert

Die Zahlung erfolgt elektronisch

VI.3) **Zusätzliche Angaben:**

Die Kommunikation für Verfahren mit ausschließlicher elektronischer Angebotsabgabe erfolgt nur über die Vergabepattform!

Informationen über Änderungen der Bekanntmachungen/Vergabeunterlagen sowie sämtliche nach der Angebotsöffnung folgende Kommunikation (z. B. Nachforderungen von Unterlagen, Bieterinformationen, Auftragsschreiben) werden elektronisch über iTWO tender bereitgestellt. Auch die Bieteranfragen zu den Vergabeunterlagen müssen elektronisch über iTWO tender gestellt werden. Deren Beantwortung erfolgt ebenfalls elektronisch über iTWO tender. Informationen zu den technischen Anforderungen erhalten Sie unter iTWO tender.

Für den Teilnahmewettbewerb wurde das Vertragsmuster zur Information beigelegt. Vertrag u. Konzeptidee sind erst nach Aufforderung durch die zum Verhandlungsverfahren ausgewählten Bieter auszufüllen. Die Einreichung der TA u. Angebote per Telefax, E-Mail od. über Nachrichtenfunktion der Vergabepattform ist nicht zulässig.

Die Bewerber erklären förmlich, dass die von Ihnen angegebenen Informationen in der von Ihnen eingereichten Eigenerklärung genau u. korrekt sind u. sie sich der Konsequenzen einer schwerwiegenden Täuschung bewusst sind. Die Bewerber erklären förmlich, dass Sie in der Lage sind, die Bescheinigungen u. andere genannte dokumentarische Nachweise unverzüglich auf Anfrage beizubringen.

Die Teilnahme am Bewerbungsverfahren erfolgt über das vollständig auszufüllende Formular zur Eigenerklärung, das um die in den Ziffern III.1) u. III.2) dieser Bekanntmachung geforderten Angaben u. Nachweise zu ergänzen ist. Das Formular zur Eigenerklärung kann unter der im Punkt I.3) dieser Bekanntmachung angegebenen Internetadresse abgerufen werden. Nicht fristgerecht elektr. eingereichte Unterlagen werden nicht berücksichtigt. Der AG behält sich nach § 56 (2) bis (4) VgV vor, fehlende Nachweise u. Erklärungen nachzufordern. Bewerbungen, die nicht alle geforderten Angaben, Nachweise u. Referenzen enthalten, werden ausgeschlossen, sofern diese auf Anforderung nicht innerhalb einer gesetzten

Frist nachgeliefert werden. Anlagen zum Teilnahmeantrag sowie zum Angebot dürfen max. 30 MB nicht überschreiten.

Nicht deutschsprachige Nachweise müssen als beglaubigte Übersetzung in Deutsch vorgelegt werden (Mindestanforderung). Im Auftragsfall hat der AN die ihm übertragenen Leistungen in seinem Büro bzw. gem. den Angaben im Teilnahmeantrag zu erbringen. Nur mit vorheriger schriftlicher Zustimmung des AG ist eine weitere, im Teilnahmeantrag nicht angekündigte Unterbeauftragung zulässig. Für die gesamte Projektlaufzeit ist die personelle Kontinuität hinsichtlich der Präsenz vor Ort zu gewährleisten.

Nicht erwünscht sind allgemeine Werbebroschüren u. Unterlagen zur Vorstellung des Bewerbers sowie zusätzliche Angaben, die über die geforderten hinausgehen. Diese werden im Verfahren nicht berücksichtigt. Kosten werden für die Ausarbeitung der Konzeptidee in Stufe 2 erstattet (siehe Aufgabenstellung). Jedoch werden keine Kosten für die Ausarbeitung der Bewerbungs- u. Angebotsunterlagen erstattet. Hinweis: Vorlage der Verpflichtungserklärungen gem. § 47 VgV der Nachunternehmer (NU) u. ggf. deren NU, soweit sich der Bieter, der den Zuschlag erhalten soll, od. ein Mitglied einer BG, die den Zuschlag erhalten soll, auf die Fachkunde oder Leistungsfähigkeit von NU beruft. Sollten Verpflichtungserklärungen der Nachunternehmer zum Zeitpunkt der beabsichtigten Zuschlagserteilung nicht vorgelegt werden können, erfolgt ein nachträglicher Ausschluss wegen mangelnder Eignung (Ausschlusskriterium).

Enthalten die Bekanntmachung od. Unterlagen zum Teilnahmewettbewerb Unklarheiten, Widersprüche od. verstoßen diese nach Auffassung des Bewerbers gegen geltendes Recht, so hat der Bewerber den AG unverzüglich schriftlich darauf hinzuweisen. Erfolgt dies nicht, ist der Bewerber mit diesen Einwendungen präkludiert.

VI.4) **Rechtsbehelfsverfahren/Nachprüfungsverfahren**

VI.4.1) **Zuständige Stelle für Rechtsbehelfs-/Nachprüfungsverfahren**

Offizielle Bezeichnung: 1. Vergabekammer des Freistaates Sachsen bei der Landesdirektion Sachsen

Postanschrift: Braustraße 2

Ort: Leipzig, Deutschland

Postleitzahl: 04107

Land: Deutschland

E-Mail: vergabekammer@ldl.sachsen.de

Telefon: +49 341977-1040

Fax: +49 341977-1049

Internet-Adresse: www.ldl.sachsen.de

VI.4.3) **Einlegung von Rechtsbehelfen**

Genaue Angaben zu den Fristen für die Einlegung von Rechtsbehelfen:

Der Auftraggeber weist darauf hin, dass ein Nachprüfungsantrag nach § 160 (3) GWB unzulässig ist, soweit

1) der Antragsteller den geltend gemachten Verstoß gegen Vergabevorschriften vor Einreichen des

Nachprüfungsantrags erkannt und gegenüber dem Auftraggeber nicht innerhalb einer Frist von 10

Kalendertagen gerügt hat; der Ablauf der Frist nach § 134 Absatz 2 bleibt unberührt.

2) Verstöße gegen Vergabevorschriften, die aufgrund der Bekanntmachung erkennbar sind, nicht spätestens bis

Ablauf der in der Bekanntmachung benannten Frist zur Angebotsabgabe oder zur Bewerbung gegenüber dem

Auftraggeber gerügt werden.

3) Verstöße gegen Vergabevorschriften, die erst in den Vergabeunterlagen erkennbar sind, nicht spätestens bis

zum Ablauf der Frist zur Angebotsabgabe oder zur Bewerbung gegenüber dem Auftraggeber gerügt werden.

4) mehr als 15 Kalendertage nach Eingang der Mitteilung des Auftraggebers, einer Rüge nicht abhelfen zu

wollen, vergangen sind.

VI.4.4) **Stelle, die Auskünfte über die Einlegung von Rechtsbehelfen erteilt**

Offizielle Bezeichnung: 1. Vergabekammer des Freistaates Sachsen bei der Landesdirektion Sachsen

Postanschrift: Braustraße 2

Ort: Leipzig, Deutschland

Postleitzahl: 04107

Land: Deutschland

E-Mail: vergabekammer@ldl.sachsen.de

Telefon: +49 341977-1040

Fax: +49 341977-1049

Internet-Adresse: www.ldl.sachsen.de

VI.5) **Tag der Absendung dieser Bekanntmachung:**

17/11/2022